

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

52 (2.3.1932)

# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, jährlich 41 Dlg. Einlegerlohn ohne Zulassung 1,00 Mark + Durch die Post 2,30 Mark + Einzelverkauf 10 Pfennig + Ercheinung 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr + Postfach 2050 Karlsruhe + Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. D., Waldstraße 28 + Fernruf 7020/7021 + Telegrafisch: 7020/7021 + Druck: Druck- u. Verlagsanstalt 'Die Welt' in Karlsruhe i. D., Postfach 12 + Telefon 7020/7021

Nummer 52 Karlsruhe, Mittwoch, den 2. März 1932 52. Jahrgang

## Wir schlagen Hitler!

Am 13. März wird mit der Reichspräsidentenwahl die große Schlacht für Volk und Freiheit gegen Diktatur geschlagen. Alle Mitglieder der Eisernen Front gehen in diesen Kampf mit dem festen Willen, schon im ersten Wahlgang den Sieg zu erringen. Die politische Führung der Eisernen Front hat das Ziel bestimmt: Weder ein Hitler noch ein Brüning darf Reichspräsident werden. Auch nicht mit Hilfe der Moskauer Gewalttäter, die mit der Kandidatur Thälmann ein Sprungbrett für Hitler stellen. Was Thälmann noch so sehr hütet, auch über seinen Rücken hinweg über Hitler den Stuhl Friedrich Eberts nicht erreichen! Weil Hitler den Eid auf die Verfassung nicht nur nicht schwört, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmäßig sein Amt verlor — darum will man ihn vom Platz heben. Der Weg zu Staatsstreich und Verfassungsbruch soll freigemacht werden. **Eiserne Front! Jetzt gilt es zu kämpfen! Hitler muß gehen!**

**Schlagen werden! Schlagt Hitler und die faschistische Front zerschmettern!**  
Die Eisernen Front kämpft! Sie diskutiert nicht. Jetzt gilt es, in eigener Disziplin der Führung zu folgen. Sieg ist die Parole! Sieg unserer Sache, nicht eines Namens.  
Hindenburg ist nicht ein Mann der Eisernen Front!  
**Aber Hindenburg steht gegen Hitler.**  
**Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler!**  
Jede Stimme für Thälmann ist eine Stimme für Hitler! Darum entscheidet sich die Eisernen Front für Hindenburg und kämpft gegen Hitler.  
Eiserne Front! Vorwärts zum Antritt! Am 13. März wird Hitler geschlagen.  
Berlin, 1. März 1932.

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front

## Trotzki gegen KPD

Die kommunistische Internationale vertritt die These, daß es zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus keinen Unterschied gäbe. Die letzte Plenarversammlung des Ekfi hat ausdrücklich die liberale Konstitution verurteilt, die einen Gegensatz zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie, wie auch zwischen den parlamentarischen Formen der bürgerlichen Diktatur und den offenen Faschistenformen aufzeigen wollte. Sowohl die kommunistische Internationale, als auch die deutsche kommunistische Partei kommen deshalb zu dem Schluß, daß gegen die Sozialdemokratie als den Hauptfeind bei den Wahlen der Hauptstoß geführt werden müsse.  
Gegen den verbrecherischen Wahnsinn dieser Lehre wendet sich Leon Trotzki in einem demnächst erscheinenden neuen Buch, aus dem in der Weltbühne ein Kapitel im Vorabdruck erscheint. Selbstverständlich will er nicht die Haltung der Sozialdemokratie verteidigen, die er die Hauptvertreterin des parlamentarisch-bürgerlichen Regimes nennt, und von der er behauptet, daß sie der Erschöpfung ihrer Mission nahe sei. Aber mit bitterer Schärfe und herbem Hohn geht er der Philosophie Stalins und denen, die sie in Deutschland volkstümlich machen wollen, zu Leibe.  
Trotzki setzt auseinander, wie durch die faschistische Diktatur das Kapital der Massen des verumpften Kleinbürgertums, die Banden defakulierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenspezies in Bewegung setzte, die das Landkapital in Verzweiflung und Ebnen geführt habe. Er weist darauf hin, wie die Faschisierung des Staates vor allem und hauptsächlich auf die Zerstörung der Arbeiterorganisationen hinauslaufe und er erinnerte daran, daß vor einigen Jahren selbst die leitenden Organe der Komintern von dem Faschismus in seiner italienischen Ausgabe gelagt haben, daß er jeglichen Kompromiß mit der Sozialdemokratie verwerfe, sie wütend verfolge und aller legalen Existenzmöglichkeiten beraube.  
Der Kritiker des Stalinschen Kommunismus legt dann weiter dar, welchen Wert die Arbeiterorganisationen besitzen und was ihre Zerstörung bedeuten würde. Wir zitieren wörtlich:  
„Im Laufe vieler Jahrzehnte haben die Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Demokratie unter deren Ausnutzung und im Kampfe mit deren eigenen Bestrebungen, eigene Herde der proletarischen Demokratie gebaut: Gewerkschaften, Parteien, Bildungsclubs, Sportorganisationen, Genossenschaften usw. Das Proletariat kann nur Macht nicht im formalen Rahmen der bürgerlichen Demokratie erlangen, sondern nur auf revolutionärem Wege. Das ist durch Theorie und Praxis gleichermaßen erwieben. Aber gerade für den revolutionären Weg benötigt es die Stützpunkte der Arbeiterdemokratie innerhalb des bürgerlichen Staates. Auf die Schaffung solcher Punkte lief ja auch die Arbeit der 2. Internationale in jener Epoche hinaus, da sie noch eine progressive historische Arbeit verlor. Der Faschismus hat zur arundlegenden und einzigen Bestimmung: Bis auf die Fundamente alle Einrichtungen der proletarischen Demokratie zu zerstören.“

Wir wollen uns hier mit Trotzki nicht auseinandersehen, weder über seine Auffassung von proletarischer und bürgerlicher Demokratie, noch über die Vergangenheit und die Gegenwart der Arbeit der 2. Internationale. Er spricht ja nicht sowohl zu uns als auch zu seinen ehemaligen kommunistischen Freunden, denen er die Gefahren klar machen will, die auch für sie und ihre Zukunft von dem Faschismus drohen. Ihnen erklärt er, daß sie, die keinen Unterschied zwischen Brüning und Hitler kennen wollen, in Wirklichkeit sagen: Ob unsere Organisationen noch bestehen oder ob sie bereits zertrümmert sind, ist ohne Bedeutung. Ihnen ruft er zu, daß sich hinter dieser Scheinrationalen Phrasologie die niederträchtigste Passivität verberge. Trotzki's Anklage gipfelt in dem Satz: „Brüning mit Hitler zu identifizieren (gleichzusetzen) bedeutet, die Situation vor dem Kampf mit der Situation nach der Niederlage zu identifizieren, bedeutet, im voraus die Niederlage als unvermeidlich zu betrachten, bedeutet, ohne Kampf kapitulieren.“  
Schärfer läßt sich die kommunistische Politik nicht kennzeichnen. Aber wir fürchten, daß mindestens bei den sogenannten Führern der kommunistischen Partei Deutschlands die Warnrufe des einstmaligen vergötterten Trotzki kein anderes Echo finden werden, als daß man ihn aufs neue einen Gegenrevolutionär nennt, der es verdient, mit Hitler, Brüning und der Sozialdemokratie in dieselbe Verbannung gestochen zu werden.

„Im Laufe vieler Jahrzehnte haben die Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Demokratie unter deren Ausnutzung und im Kampfe mit deren eigenen Bestrebungen, eigene Herde der proletarischen Demokratie gebaut: Gewerkschaften, Parteien, Bildungsclubs, Sportorganisationen, Genossenschaften usw. Das Proletariat kann nur Macht nicht im formalen Rahmen der bürgerlichen Demokratie erlangen, sondern nur auf revolutionärem Wege. Das ist durch Theorie und Praxis gleichermaßen erwieben. Aber gerade für den revolutionären Weg benötigt es die Stützpunkte der Arbeiterdemokratie innerhalb des bürgerlichen Staates. Auf die Schaffung solcher Punkte lief ja auch die Arbeit der 2. Internationale in jener Epoche hinaus, da sie noch eine progressive historische Arbeit verlor. Der Faschismus hat zur arundlegenden und einzigen Bestimmung: Bis auf die Fundamente alle Einrichtungen der proletarischen Demokratie zu zerstören.“

Wir wollen uns hier mit Trotzki nicht auseinandersehen, weder über seine Auffassung von proletarischer und bürgerlicher Demokratie, noch über die Vergangenheit und die Gegenwart der Arbeit der 2. Internationale. Er spricht ja nicht sowohl zu uns als auch zu seinen ehemaligen kommunistischen Freunden, denen er die Gefahren klar machen will, die auch für sie und ihre Zukunft von dem Faschismus drohen. Ihnen erklärt er, daß sie, die keinen Unterschied zwischen Brüning und Hitler kennen wollen, in Wirklichkeit sagen: Ob unsere Organisationen noch bestehen oder ob sie bereits zertrümmert sind, ist ohne Bedeutung. Ihnen ruft er zu, daß sich hinter dieser Scheinrationalen Phrasologie die niederträchtigste Passivität verberge. Trotzki's Anklage gipfelt in dem Satz: „Brüning mit Hitler zu identifizieren (gleichzusetzen) bedeutet, die Situation vor dem Kampf mit der Situation nach der Niederlage zu identifizieren, bedeutet, im voraus die Niederlage als unvermeidlich zu betrachten, bedeutet, ohne Kampf kapitulieren.“  
Schärfer läßt sich die kommunistische Politik nicht kennzeichnen. Aber wir fürchten, daß mindestens bei den sogenannten Führern der kommunistischen Partei Deutschlands die Warnrufe des einstmaligen vergötterten Trotzki kein anderes Echo finden werden, als daß man ihn aufs neue einen Gegenrevolutionär nennt, der es verdient, mit Hitler, Brüning und der Sozialdemokratie in dieselbe Verbannung gestochen zu werden.

Schärfer läßt sich die kommunistische Politik nicht kennzeichnen. Aber wir fürchten, daß mindestens bei den sogenannten Führern der kommunistischen Partei Deutschlands die Warnrufe des einstmaligen vergötterten Trotzki kein anderes Echo finden werden, als daß man ihn aufs neue einen Gegenrevolutionär nennt, der es verdient, mit Hitler, Brüning und der Sozialdemokratie in dieselbe Verbannung gestochen zu werden.

## Nationale Leuchte betrügt kleine Bauern

Köln, 1. März. (Eig. Draht.) Der deutschnationale Geschäftsführer der Landbundesgenossenschaft Altentrichen (Westerwald) namens S. Hohen wurde wegen Unterschlagung verhaftet.  
Eine Prüfung der Bücher der Landbundesgenossenschaft ergab, daß der Verhaftete etwa 100 000 Mark unterschlagen hat. Hohen hatte sich von einer großen Anzahl Landwirte aus dem Kreis Altentrichen Gefälligkeitswechsel unterschreiben lassen, die gegenwärtig zur Einlösung vorzeitig werden. Die Mitglieder der Genossenschaft werden jetzt mit Satismumen, die sich zwischen 300 und 1800 Mark bewegen, in Anspruch genommen werden müssen. Es sind fast ausschließlich kleinere Bauern, die in kümmerlichen Verhältnissen leben, und die Summe keineswegs aufbringen könnten.

## Die KPD hilft Hitler!

Versuchte Totengräberarbeit an der Arbeiterklasse

Die Kommunisten wollen die Bundesgenossen Hitlers spielen. Sie haben Thälmann als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt und ihre Organisation und Presse erhebt den Ruf: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler.“ Die Entscheidung fällt zwischen Hitler und Hindenburg. Einer von beiden wird Reichspräsident, und wenn man den Kommunisten folgen würde, ob er denn ernstlich daran glaubt, daß Thälmann gewählt werden könnte, so würde er mit dem Finger auf die Stirne zeigen. Da aber die Entscheidung zwischen Hindenburg und Hitler fällt, für wen entscheidet dann der, der für Thälmann wählt? Die Beantwortung der Frage ist einfach. Er hilft dem reaktionären Kandidaten, also Hitler.  
Man muß sich die Sache im kleinen Maßstab ansehen, wo sie praktisch geworden ist. In der Arbeitergemeinde Hohenhausen bei Reich haben Sozialdemokraten und Kommunisten zwei Drittel aller Wähler. Nach der letzten Gemeindevahl sollte der Stadterordnungsleiter gewählt werden. Die Stimmen verteilten sich, 5 Sozialdemokraten, 5 Kommunisten, 3 Bürgerliche, 3 Nazis. Bürgerliche und Nazis stimmten zusammen. Es kam zur Stichwahl zwischen einem Nazi und einem Sozialdemokraten. Die Kommunisten fanden also vor demselben Stichwahlentscheid, vor dem sie bei der Präsidentschaftswahl stehen. Entschieden sie sich für den Sozialdemokraten? Keineswegs. Sie wählten ihre Stimmen unpolitisch, indem sie für einen eigenen Kandidaten stimmten, und verhalfen so dem Nationalsozialisten zum Amt.

Es war verfahren sie bei der Bezeichnung der Magistratsstelle und sie erreichten damit, daß in einem ausgedehnten Arbeiterort die Stellen mit Nazis und Bürgerlichen besetzt wurden, die nun sofort an den Abbau der sozialen Einrichtungen und Unterstellungen gegangen sind. Wenn sind in Hohenhausen die kommunistischen Stimmen zuante gekommen? Den Nationalsozialisten! Wenn haben die Kommunisten geholfen? Den Nationalsozialisten! Wenn werden bei der Reichspräsidentenwahl die Thälmann-Stimmen zu gute kommen? Dem Kandidaten der Nazi, Hitler!  
Was wird kommen, wenn Hitler siegt? Eine Bedrohung der Arbeiterklasse mit der faschistischen Diktatur. Darum ist jede Stimme, die für Thälmann abgegeben wird, eine Stimme für Hitler, deshalb bedeutet die Unterstützung der kommunistischen Kandidatur eine Unterstützung für den Faschismus.  
Wer sind die Kommunisten? Die Berliner Deutsche Allgemeine Zeitung vom 22. Februar sagt es: „Die kommunistische Partei ist praktisch eine wertvolle Hilfsgruppe des Bürgerlums.“  
Am 20. Februar schreibt die DAB: „Herr Thälmann, der Kandidat und Reichsgeneral einer anomartigen Großmacht scheidet als ernsthafter Bewerber aus. Seine und seiner Partei gesellschaftliche Aufgabe besteht, wenn wir uns einmal ihres eigenen Sprachgebrauchs bedienen wollen, ausschließlich darin, das Proletariat Deutschlands zu spalten und zu schwächen.“

## Die große Verteidigungsfront

Bildung der christlichen Volksfront

Das Vorbild der Eisernen Front hat nunmehr auch die Christlichen Gewerkschaften zur aktiven Abwehr des Faschismus auf den Plan gerufen.  
In Westen Deutschlands hat, wie das Organ der Christlichen Gewerkschaften, Der Deutsche, mitteilt, angefangen der offenkundigen Gefahren für die Ordnung in Wirtschaft und Staat nunmehr auch die christliche Arbeiterklasse in allen Bezirken ihre freiwilligen Bereitschaften zum Schutze der Ordnung formuliert. In diesen Bereitschaften der christlichen Arbeiterklasse, in der Volksfront, stehen Gewerkschaften, Arbeitervereine und Gesellenvereine Schulter an Schulter zur Abwehr jedes gewalttätigen Angriffs auf die verfassungsmäßige Ordnung. Die Verbindung mit weiteren Gliederungen der christlichen Arbeiterbewegung, sowie anderer verfassungstreuen Kreisen des Volkes ist aufgenommen. Die gesamte christliche Arbeiterklasse selbst ist aufgefordert, sich in die betrieblichen und örtlichen Bereitschaften der Volksfront einzuschließen.  
Mit der Bildung der Volksfront im Westen Deutschlands steht nunmehr auch die christliche Arbeiterbewegung im Begriff, den Abwehrkampf gegen den Faschismus zu organisieren und Seite an Seite mit der Eisernen Front durchzuführen. Schon seit Wochen erheben sich im Zentrum und innerhalb der Christlichen Gewerkschaften starke Kräfte gegen den Naziterror. Immer wieder wurde in letzter Zeit in achtsamen Zentrumsversammlungen und bei internen Beratungen der Christlichen Gewerkschaften der Ruf nach einer Kampfeinigkeit mit der Eisernen Front laut. Dieser Ruf zur Abwehr erwachte aus dem Solidaritätsgelände der christlichen Gewerkschaften mit den Kollegen der freierwerblichen Organisationen und in der Erkenntnis, daß nur die Geschlossenheit der republikanischen Front zur Überwindung des Faschismus führen kann. Jetzt ist es so weit, daß die große Front der Republik endgültig formuliert werden kann, formuliert in der Absicht, den Staat, wenn es sein muß, mit allen Mitteln zu verteidigen. Das dazu auch die christliche Arbeiterbewegung entschlossen ist, wissen wir aus bestimmten Aussagen an die Eisernen Front und aus internen Vorgesprächen, die in letzter Zeit wiederholt innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung über die Frage der Abwehr des Faschismus stattgefunden haben.  
Wir marschieren getrennt, aber schlagen vereint.

ren kann. Jetzt ist es so weit, daß die große Front der Republik endgültig formuliert werden kann, formuliert in der Absicht, den Staat, wenn es sein muß, mit allen Mitteln zu verteidigen. Das dazu auch die christliche Arbeiterbewegung entschlossen ist, wissen wir aus bestimmten Aussagen an die Eisernen Front und aus internen Vorgesprächen, die in letzter Zeit wiederholt innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung über die Frage der Abwehr des Faschismus stattgefunden haben.  
Wir marschieren getrennt, aber schlagen vereint.

## Die Eisernen Front steht

Hamburg, 29. Febr. (Eig. Draht.) In Hamburg haben sich während der Rühlwoche der Eisernen Front nach der vorläufigen Gesamtzählung 121 416 Personen in die Eisernen Ränder eingetragen. Es stehen noch einige Listen aus, so daß sich die Zahl der Männer und Frauen, die sich mit ihrem Namen zum aktiven Kampf gegen den Faschismus bekannt haben, noch auf 125 000 erhöhen dürfte.  
Heiden, 28. Febr. (Eig. Ber.) In Obersachsen hat der Aufruf der Eisernen Front ebenfalls überall zu beachtlichen Erfolgen geführt. Die Kundgebungen in den bedeutendsten Städten im Industriegebiet wie in den agrarischen Gegenden der Provinz waren durchwegs überfüllt und von entschlossenem Kampfesgeist gegen die faschistischen Bedrohungen der Demokratie befeuert. Besonders eindrucksvoll verlief eine Veranstaltung der Eisernen Front in Kreuzburg, wo die Bolschewisten errieten des in Pantou von Nationalsozialisten diehisch ermordeten Landarbeiters funktionärs Basso gedachten.

### Braunschweigische Staatskandale

#### Tumult im Landtag

Braunschweig, 1. März. (Eig. Drabt.) Der braunschweigische Landtag bewilligte am Dienstag gegen die Stimmen der Sozialdemokratie den für Hitler geschaffenen Regierungsratsposten bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin. Der volkswirtschaftliche Abgeordnete Schröder stimmte für die Bewilligung der Stelle.

Die Bewilligung der Regierungsratsstelle für Hitler führte am Dienstag im braunschweigischen Landtag zu schweren Tumulten. Der Abgeordnete Sievers kritisierte zunächst in überlegener Weise die Schaffung der Regierungsratsstelle, die den bürgerlichen Parteien viel Kopfzerbrechen gemacht habe. Als Dank für die Mitarbeit des Gesandten Boden hat man dessen Aufwandsentschädigung, die um 20 Prozent erhöht werden sollte, erhöht. Das letzte Wort sei in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen.

Als der sozialdemokratische Abgeordnete Thielemann den Kassiminister Klages an sein Wort erinnerte, daß ein Jahr nationalsozialistische Mitregierung in Braunschweig genügt habe, um aus Braunschweig einen Staat der Ruhe und Ordnung zu machen, rief Klages: „Braunschweig habe heute einen Polizeiminister, wie er sein müsse.“ Klages, der die Rede des Abgeordneten Thielemann dauernd durch Zwischenrufe zu hören versuchte, behauptete auch, daß Thielemann der Hauptschuldige an den in Braunschweig geschehenen politischen Morden sei. Thielemann nannte Klages darauf einen politischen Schläger zu kommen. Thielemann wurde für den Schluß der Sitzung ausgeschlossen. Andere sozialdemokratische Abgeordnete wurden wiederholt zur Ordnung gerufen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete des braunschweigischen Landtags, Thielemann, hat an die braunschweigische Regierung wegen Hitlers Nebeneinnahmen folgende Anfrage gerichtet:

Nach dem Erlaß des braunschweigischen Finanzministeriums vom 25. Juni 1931 haben alle im Staatsdienst beschäftigten Personen 20 Prozent ihrer Nebeneinnahmen an die Staatskasse abzuführen. Ausgeschlossen sind nur Einnahmen aus schriftstellerischer, künstlerischer oder Vortragstätigkeit. Viele hundert Staatsbeamte und Angestellte fallen unter diesen Erlaß und führen ein Fünftel ihrer Nebeneinnahmen ab. Der jüngste Beamte des Freistaates Braunschweig, Regierungsrat Hitler, der zugleich die höchsten Nebeneinnahmen hat, wird leider von diesem Erlaß nicht getroffen. Ich frage deshalb: Ist die Regierung bereit, den Erlaß auch auf die Nebeneinnahmen des Herrn Hitler auszuweiten?

### Hitlers Gehalt für besondere Aufträge

Braunschweig, 28. Febr. Der Volksfreund schreibt: „Der Regierungsrat Hitler ist Nutznießer eines Gehalts von 5238 M jährlich geworden. Außerdem ist er mit 35 Prozent seines Gehalts sofort pensionsberechtigt. Die Arbeitervertreter, die die Sozialdemokraten als Kreisdirektoren gestellt hatten, wurden wegen nicht akademischer Vorbildung als Parteibuchbeamte von der Regierung entlassen. Wo ist die akademische Befähigung von Hitler?“

### Präsidentenwahlkandidaten

#### Anmeldungen beim Reichswahlleiter

Nachdem in der vorigen Woche die formelle Anmeldung der Kandidatur des Reichspräsidenten von Hindenburg mit gleichzeitiger Ueberreichung seiner Zustimmungserklärung stattgefunden hat, erschienen Montag morgen der Reichstagsabgeordnete Göring von der Nationalsozialistischen Partei beim Reichswahlleiter, um die Kandidatur des Regierungsrates Hitler anzukündigen.

Weiterhin haben die Kommunisten die Kandidatur Thälmanns und die Deutschnationalen in Verbindung mit dem Stahlhelm die Kandidatur des Oberleutnants a. D. Duesterberg beim Reichswahlleiter angekündigt.

#### Kuriozum

Verdient vermerkt zu werden, daß noch ein fünfter „Bewerber“ auftritt. Der fünfte ist nämlich der sogenannte Betriebsanwalt Adolf Gustav Winter aus Grohna bei Naumburg, der sich gegenwärtig in der Bamberger Landesstrafanstalt befindet. Gustav Winter ist der Mann der rotgeklebten Tausendmarktscheine. Seine Kandidatur wird nicht ernst genommen.

### Schwere Nazi-Ausbreitungen

Köln, 1. März. (Eig. Drabt.) In der Nacht zum Dienstag gaben mehrere Nazis aus Bonn auf das Eisenblech der SPD und auf Angehörige des Reichsbanners, die aus ihrem Verlehrslokal in dem Vorort Süls kamen, mehrere scharfe Schüsse ab, die zum Glück ihr Ziele verfehlten. Polizeibeamte, die gegen die Nazis vorgingen, wurden mit Pfeilersteinen beworfen. Ein Nazi war im Besitze eines Stuhlbeins. Zehn Personen wurden vorläufig festgenommen.

Zauer, 1. März. (Eig. Drabt.) In der Nähe von Zauer überfielen etwa 25 Nazi mehrere Jungbannkameraden. Mit Stabruhen, Gummiknüppeln und Messern fielen die Nazis über die Jungbannleute her, so daß sie zum Teil schwer verletzt wurden. Zwei Jungbannleute erlitten tiefe Stiche in die Wange bzw. in den Oberarm. Ein Nazi zog schließlich einen Revolver und richtete ihn auf die Jungbannleute. Im gleichen Augenblick tauchte ein Lastauto mit Arbeiterportieren auf. Sofort nahmen die Nazis jählings Reißaus.

W.B. Neumünster, 1. März. Bei Bad Segeberg waren vor einer Woche bei Zusammenstößen mit Nationalsozialisten vier Angehörige des Reichsbanners schwer verletzt worden. Vor dem hiesigen Schöffengericht wurden wegen dieser Vorfälle heute 13 Nationalsozialisten zu Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu einem Jahr drei Monaten verurteilt.

Magdeburg, 1. März. (Eig. Drabt.) In Schönebeck a. d. Elbe wird zur Zeit gegen 5 Nationalsozialisten verhandelt, die in der Nacht vom 28. und 29. September 1931 den Amtsvorsteher Klingenstein, den Gemeindevorsteher Sailer, und den Zimmermann Grune überfallen und durch mehr als 40 Messerstiche schwer verletzt haben. Der Amtsvorsteher erhielt allein 26 Kopfverletzungen. Am 10. Verhandlungstag wurde ein nationalsozialistischer Zeuge wegen Meineids verhaftet. Der Nazi hat den Meineid eingestanden. Auch der angeklagte Nazimann Karbe sollte in Haft genommen werden, weil ihm nachgewiesen wurde, daß er mindestens vier Zeugen seiner Partei zum Meineid verleitet hat. Während das Gericht sich wegen des Haftbefehls zur Beratung zurückzog, flüchtete Karbe jedoch. Er konnte bisher nicht wieder verhaftet werden.

### Wichtige Gesetzentwürfe der Sozialdemokratie

## Ein Sozialisierungsvorstoß

### Sozialdemokratischer Gesetzentwurf zur Verstaatlichung der Montanindustrie - Goldprämienanleihe zwecks Arbeitsbeschaffung - Abänderung der Notverordnung

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dem Reichstag eine Reihe von Gesetzentwürfen vorgelegt, die zum Teil von sehr weittragender Bedeutung sind!

Der Entwurf eines Gesetzes zur Verstaatlichung der Montanindustrie

Der Entwurf eines Gesetzes zur Verstaatlichung der Montanindustrie ist, laut:

„Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird.“

Die im Privateigentum befindlichen Betriebe des Bergbaues einschließlich der Nebengebäude sind gegen Entschädigung in Reichseigentum zu überführen.

Die mit dem Kohlenbergbau verbundenen Betriebe der Grobblechindustrie, sowie die mit dem Metallbergbau verbundenen Hütten und Walzwerke sind gegen Entschädigung in Reichseigentum zu überführen.

Für die Entschädigung sollen folgende Richtlinien gelten: Die Entschädigung erfolgt auf der Grundlage der gegenwärtigen Ertragswerte der von Reich übernommenen Gesamtanlagen einer Unternehmung, jedoch mit der Maßgabe, daß nur für den Teil der übernommenen Anlagen, der im Durchschnitt der Kalenderjahre 1929-1931 effektiv ausgenutzt wurde, Entschädigungsanspruch besteht.

Rückständige Steuerbeträge, Forderungen und bereits gewährte Zuschüsse der öffentlichen Hand werden aufgerechnet. Die Abgeltung für das auf dieser Grundlage ermittelte Nettovermögen erfolgt in Form einer befristeten Rente im Normalmaß von 5 Prozent.

Die in Reichseigentum überführten Betriebe sind nach Industriezweigen in regionale Betriebsgesellschaften und zentrale Dachgesellschaften zusammenzufassen, an deren Aufsichtsräten Vertreter des Reichstags, sowie der gewerkschaftlichen Fachverbände und Spitzenorganisationen angemessen zu beteiligen sind.

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf sieht also nicht nur die Verstaatlichung des Bergbaues, sondern auch der damit verbundenen Schwerindustrie, wie z. B. der Hütten- und Walzwerke. Die Entschädigung an die bisherigen Eigentümer soll nur den tatsächlichen gegenwärtigen Wert berücksichtigen, und es ist bekannt, daß gerade in der Schwerindustrie bei vielen Unternehmungen ein großer Teil des Aktienkapitals als verloren anzusehen ist. Die Entschädigung soll nicht in bar, sondern durch Gewährung einer fünfprozentigen Rente erfolgen. Steuerbeträge und bisher gewährte staatliche Subventionen sollen angerechnet werden.

Die Aussichten auf Annahme des Gesetzentwurfs sind nicht schlecht, wenn das Zentrum im Reichstag die gleiche Haltung einnimmt, die von seinen Vertretern in letzter Zeit wiederholt in der Öffentlichkeit eingenommen worden sind. Insbesondere hat der christliche Bergarbeiterführer Imbusch wiederholt die Verstaatlichung des Bergbaues gefordert und es muß sich jetzt zeigen, ob diese Forderung tatsächlich ernst gemeint ist.

### Goldprämienanleihe zwecks Arbeitsbeschaffung

Außerordentlich wichtig ist auch der sozialdemokratische Gesetzentwurf über die Aufhebung einer Gold-Prämienanleihe. Dieser Gesetzentwurf ist ein Teil des sozialdemokratischen Arbeitsbeschaffungsprogramms und steht in engem Zusammenhang mit den bereits vor einigen Tagen eingebrachten Gesetzentwürfen über Arbeitsbeschaffung und Förderung des Kleinwohnungsbaus, sowie über die Umgestaltung der Hauszinssteuer. Der Zweck des Anleihegesetzes ist, die in großem Umfang gebankroteten Sparkassen aus den Sparstrümpfen herauszulösen und der Wirtschaft im Wege der öffentlichen Arbeitsbeschaffung wieder zuzuführen.

### Neue Großangriffe vor Schanghai

#### Die Waffenstillstandsverhandlungen ergebnislos

Schanghai, 1. März. (Eig. Drabt.) Die Japaner haben am Dienstag an der Front bei Schanghai wiederum scharfe Angriffe unternommen. Die chinesischen Truppen wichen langsam zurück. Die Japaner erwarten 60 000 Mann Verstärkungen.

Die Waffenstillstandsverhandlungen auf dem englischen Flaggenschiß setzten hier als ergebnislos. Die Japaner wollen erst nach einem endgültigen Sieg ihre Truppen zurückziehen.

### Elßaß-Debatte im französl. Parlament

Paris, 1. März. (Eig. Drabt.) In der Kammer kam es am Dienstag bei Beratung des Budgets für Elßaß-Lothringen zu einer ausgedehnten Debatte über das elßassische Problem.

Der sozialistische Abgeordnete Grumbach bedauerte, daß dreizehn Jahre nach der Rückkehr des Elßaß zu Frankreich das Vaterland im Elßaß noch nicht einkehrt. Auch in der Gesetzgebung müsse das Elßaß dem übrigen Frankreich angeschlossen werden. Die Verschleidenartigkeit der Gesetzgebung führe zu bedauerlichen Mißverständnissen, die nur der antifranciaische Propaganda dienen. Grumbach lehnte die Selbstverwaltung des Elßaß ab, denn was würde aus einem autonomen Elßaß mitten in der Weltwirtschaftskrise werden, wenn es nicht Frankreich an seiner Seite hätte.

Der liberale Abgeordnete Walther kritisierte die Haltung der sozialistischen Partei im Elßaß, griff besonders den Abgeordneten Grumbach an, der ihn darauf durch Jurufe am Reden zu verbinden suchte. Walther erklärte, daß die Elßassern mit den Kommunisten zusammengehen würden, um die Wahl von sozialistischen Kandidaten zu verhindern. Er trat schließlich für eine regionale Verwaltung im Elßaß ein.

Im Anschluß an die Rede Walthers kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Kommunisten Duclos und dem Arbeitsminister Laval, der mit der Verwaltung von Elßaß und Lothringen beauftragt ist.

Der Kommunist Duclos führte die bisherige Unzufriedenheit des Elßaß darauf zurück, daß die französische Regierung im Verein mit gewissen Magnaten das Elßaß zu unterdrücken luche.

zuzuführen. Man rechnet damit, daß gegenwärtig mehr als 1,5 Milliarden Banknoten in den Sparstrümpfen ruhen und wenn es gelingt, auch nur einen Teil davon zu erschaffen, so wäre für die Arbeitsbeschaffung schon erhebliches gewonnen.

Um obigen Zweck möglichst vollständig zu erfüllen, soll die Anleihe als Staatsanleihe ausgeben werden, die in kleine Stücke zerlegt wird und neben einer Verzinsung von 4,5 Prozent einen besonderen Anreiz durch die Gewährung von Prämien erhält.

### Abänderung der Notverordnung

Zwei weitere sozialdemokratische Gesetzentwürfe sehen Abänderungen der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 vor. Der eine Entwurf bezweckt die

Beseitigung der sozialpolitischen Härten, die die Notverordnung vom 8. Dezember auf dem Gebiet der Sozialversicherung und der Fürsorge gebracht hat. Es handelt sich hier vor allem um folgendes:

1. Bei der Krankenversicherung soll die Beschränkung auf die Arbeitslosen aufgehoben werden;
2. Bei der Unfallversicherung sollen Erleichterungen zugunsten der niedrigen Renten eintreten;
3. Verbesserungen bei der Gewährung der Waisenrenten bzw. des Kinderzuschusses in der Invaliden- und in der Angestelltenversicherung;
4. Beseitigung der gegenseitigen Anrechnung beim Zusammenreffen der Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung;
5. Beseitigung von Härten bei den Ruhevorschriften bei Zulassung von Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung mit Krankengeld, Unfallrente usw. Während die Notverordnung alle Doppelbezüge aufgehoben hat, soll die frühere Praxis bei der Anrechnung wieder eingeführt und von 25 auf 40 Markt erhöht werden.
6. Neue Vorstöße bringt der Gesetzentwurf über die gegenseitige Anrechnung der Renten beim Übergang von Versicherten aus der Invalidenversicherung in die Angestelltenversicherung und umgekehrt.

Der Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Fraktion über die Abänderung der wohnungswirtschaftlichen Bestimmungen der Notverordnung

bezieht insbesondere vor:

1. Ausdehnung der Mietenklausel auf die Untermieter.
2. Wiederherstellung der bisherigen Vorschriften des Mieterschutzes und des Reichsmietengesetzes.
3. Streichung der Vorschriften über das alsbaldige Außerkräfttreten des Wohnungsmangelsgesetzes, des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzes.

Im Zusammenhang damit verlangt ein besonderer sozialdemokratischer Antrag die Erleichterung der Tilgung von Hypotheken und Grundschulden durch Pfandbriefe, sowie die Ausdehnung dieser Tilgungsmethode auf Kommunaldarlehen. Die Durchführungsbemühungen zur Notverordnung vom 8. Dezember haben diese Tilgungsmethode auf Betreiben der Hypothekensbanken außerordentlich erschwert.

Schließlich fordert ein sozialdemokratischer Antrag die Reichsregierung auf, endlich die erforderlichen Schritte zum Aufheben einer dauernden

#### Kartellauflösung

entsprechend dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf über Kartelle und Monopolkontrolle vom Dezember 1930 zu unternehmen.

Einzelheiten dieses Gesetzentwurfs wurden bereits in der letzten Sitzung des Reichstags durch Abg. Gen. Sollmann erläutert und wurden an den Haushaltsausschuß zur weiteren Beratung überwiesen.

Laval warf darauf ein, daß Duclos am wenigsten das Recht habe von Unterdrückung zu sprechen, da Regierung und Parlament ihn gegenüber durch keine Entlassung aus der Haft sehr anständig behandelt hätten.

Duclos erwiderte dem früheren Ministerpräsidenten, er habe Dürre und Genossen unterfüßt (araber Värm auf der Reden). Laval erwiderte, er nehme von diesen Beleidigungen keine Notiz, da die kommunistische Partei vor den Wahlen kein scharfes Wort gegen den Staat organisiert (Beifall).

Schließlich wurde von der allgemeinen Aussprache zur Beratung der einzelnen Kapitel des Budgets übergegangen.

### Frankreichs Heeresstärke

Paris, 1. März. Der Minister für nationale Verteidigung, Vietri, erklärte, die in Genf von Frankreich angegebene Effektivstärke laute 692 000 Mann ohne die Reservisten. 1913 habe Frankreich über 786 000 Mann verfügt. Für das Budgetjahr 1932 würde die Stärke der französischen Truppen 625 000 Mann betragen. Der Reichstagspräsident sagte, daß die jährlichen Ausgaben Frankreichs für sein Heer sich auf 7 Milliarden Papierfrancs belaufen, davon 1 267 Millionen für die Truppen in Uebersee. Frankreich disponiert die Zahl seiner Truppen von 786 000 auf 538 000 Mann. Seine Heeresausgaben seien um 16 Prozent vermindert worden. Als Frankreich das Rheinland räumte, habe das deutsche Heer über größere Effektivstärke verfügt, als im Versailles Vertrag vereinbart sei, namentlich hinsichtlich der Stärke der Kasernen, der Maschinengewehre, des Materials. Nach Einstellung der Ueberwachung durch die Kontrollkommission habe sich die Lage verhältnismäßig verbessert.

### Französische Anleihe an die Tschechoslowakei

Paris, 1. März. Der Finanzminister der Kammer Rinnme hat den Gesetzentwurf einer 600-Millionen-Frankenanleihe für die Tschechoslowakei an.

### Francois-Poncet bleibt Diplomat

Der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, hat sein Abgeordnetenmandat niedergestellt, um sich vollständig der diplomatischen Berufslaufbahn zu widmen.

# Freistaat Baden

## Die Steuereingänge in Baden

In der Jahresbauversammlung des Ortsvereins Mannheim der Deutschen Volkspartei sprach Finanzminister Dr. Matthes über „Aktuelle Tagesfragen“, wobei er auch auf die Finanzlage des Landes Baden zu sprechen kam. Der Minister schätzte die jährlichen Einnahmen der Steuereingänge auf etwa 50 Millionen Reichsmark, gegenüber dem Etat des Jahres 1932. Trotzdem sei zu hoffen, daß es gelingen werde, im wesentlichen einen Ausgleich des badischen Haushalts herbeizuführen, wobei es allerdings nicht möglich sei, eine absolute Notwendigkeit für den wirtschaftlichen Niedergang und die Zahlungsunfähigkeit des Landes, desgleichen die Zerstörung des Kredit der Gesamtwirtschaft, zu bedeuten.

## Präsident des Landesfinanzamts, Stamer, im Ruhestand

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Der Präsident des Landesfinanzamts Karlsruhe, Geh. Finanzrat Wilhelm Stamer, ist mit Ablauf des Monats Februar wegen Erreichung der Altersgrenze in den dauernden Ruhestand getreten. Bei diesem Anlaß haben der Reichspräsident und der Reichsfinanzminister der Finanzämter dem Präsidenten Stamer die volle Anerkennung für die dem Reiche geleisteten hervorragenden Dienste ausgesprochen. Auch der badische Staatspräsident hat im Namen der badischen Regierung seiner Anerkennung im gleichen Sinne Ausdruck verliehen.

## Bekämpfung politischer Ausschreitungen

Das Gesetz- und Verordnungsblatt teilt folgende Verordnung des Innenministers vom 1. März 1932 mit:

Die Verordnung vom 10. November 1931 über die Bekämpfung politischer Ausschreitungen (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 433) wird wie folgt geändert:

Artikel 1. Der § 2 der Verordnung erhält folgende Fassung: Zum Verbot, zur Beschlagnahme und zur Einziehung von Plakaten und Flugblättern, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden (§ 10 der Verordnung vom 28. März 1931 in der Fassung der Verordnung vom 6. Oktober 1931) ist, wenn das Verbot für das ganze Land getroffen werden soll, das Polizeipräsidium Karlsruhe zuständig. Dasselbe gilt für die Beschlagnahme und Einziehung von anderen Druckschriften, in denen eine Kundgebung der in § 1 Absatz 1 Nr. 1-3 der Verordnung vom 28. März 1931 bezeichneten Art enthalten ist, oder deren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet (§ 12 Absatz 1 der Verordnung vom 28. März 1931 und § 2 Absatz 1 der Verordnung vom 10. März 1931). Bei Plakaten und Flugblättern politischen Inhalts, die im ganzen Staatsgebiet an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen angebracht, ausgestellt, verbreitet oder sonst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen, wird der Vorlagepflicht nach § 10 Absatz 1 der Verordnung vom 28. März 1931 durch die Vorlage beim Polizeipräsidium Karlsruhe genügt. Bei der Vorlage an das Polizeipräsidium Karlsruhe ist zum Ausdruck zu bringen, daß das Plakat oder Flugblatt im ganzen Staatsgebiet verbreitet werden soll.

Artikel 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tag nach der Verkündung in Kraft.

Durch die Änderung ist die einheitliche Zulassung bei Plakaten und Flugblättern, die im ganzen Lande verbreitet werden sollen, durch das Polizeipräsidium Karlsruhe zur Erleichterung der Wahlvorbereitung neu vorgegeben worden.

## Freiburger Naziblatt muß „bedauernd“ zurücknehmen

D3. Freiburg i. Br., 1. März. Von der Polizeidirektion Freiburg wird mitgeteilt: Nachdem die Schriftleitung der Tageszeitung „Der Alemann“ öffentlich ihr Bedauern über die Notiz „Freiburger Schutzleute als Döbdiel“ ausgesprochen und eine angemessene Buße bezahlt hat, ist der gestellte Strafantrag zurückgezogen worden.

## Naziheißblatt beleidigt Arbeiterschaft in gemeinster Weise

Dem Lahrer Anzeiger entnimmt die Freiburger Volkswacht folgende unehrliche Beleidigung der Lahrer Arbeiterschaft durch die „Nazi-Arbeiter-Partei“:

Der Arbeiterjüngerbund hatte in diesem Jahre wegen der Verhältnisse den üblichen Maskenball ausfallen lassen und dafür gemeinsam mit dem Frankfurter Künstlertheater einen Lustspielabend (Meine liebe dumme Mama) im Rahmen veranstaltet, über den in der Nr. 32 des Lahrer Anzeiger berichtet wurde. Dem Theaterstück, das allgemein in dem vollbesetzten Saale gefiel, folgte ein Tanzprogramm, welches ebenfalls recht gemütlich verlief, wenn man von dem mißlungenen Störversuch einiger Nazis vor 3 Uhr absieht. Diesen Unterhaltungs- und Tanzabend der Arbeiter, der den Teilnehmern nicht in fröhlicher und angenehmer Erinnerung ist, verurteilt nun der „Zellendienst“, das „Eich-Nazi-Heißblatt des Grünelhorst“, in den Kot zu ziehen, indem es in seiner Nr. 3 (Mitte Februar) schreibt:

„Die Lahrer Unterwelt. Wer bis jetzt noch keine Gelegenheit gehabt hat, sich persönlich davon zu überzeugen, was für ein Gesindel die Gefolgschaft der SPD bildet, dem hat der SPD-Nazi-Maskenball die Augen geöffnet. Was dafür eine Gegenleistung bekommen war, Berlin in Lohr hätte man darüber schreiben können. Aufschreiende hohle Trümpfe, viele Wichte, viele Nichte, ein Radiosänger, Zubälter und Dirnen, Juden und Judenbaitare, das wüßten alle Angehörigen in bunter Abwechslung, kurzum alle Vertreter des unteren Menschengeschlechtes eintütigig bestimmen. Wenn man diese verketen und innerlich zerfallenen Menschen betrachtet, dann braucht man sich allerdings nicht mehr darüber zu wundern, daß unter der Herrschaft eines solchen Unternehmenselementes die heutigen Zustände naturgemäß kommen mußten. Aus diesen Reihen konnte keine Persönlichkeit, kein schöpferischer Mensch und kein Führer mehr aufsteigen. Hier ist alles Wille, Faulnis und Verfallung. Schredlich ist das Wort des Tages Clemenceau in Erinnerung geblieben: Die Sozialdemokratie bedeutet für Deutschland die Pest, und ich liebe die Sozialdemokratie, weil ich Deutschland Pest wünschle. Heute ist in Deutschland alles Leben erloschen unter dem Giftschlauch der SPD-Pest.“

„Gewiß die Gralle des Nazi-Schmierfinken, die Herr Landtagsabgeordneter Dürr in der Kundgebung der Eisernen Front am letzten Samstagabend vorgelesen hat, die Allgemeine und tiefe Entrüstung auslösend und auf welche die Arbeiterschaft die gewöhnliche Antwort schon noch geben wird. Wie wird aber der Rasenwärtter den Kopf schütteln, wenn er hierdurch erfährt, daß er solchen Vertretern des unteren Menschengeschlechtes, die er doch kannte, seinen

Saal überlassen hat und erst die Bürgerhaft darüber, daß sich die der SPD angehörige Arbeiterschaft aus Wäldern, Zubältern und Dirnen zusammenfetzt. Daß auch die Juden herhalten mußten, ist so klar. Merkwürdig ist dabei aber, daß man diese fortlaufend beschimpft und ihre Geschäfte konfiskiert, sich aber durchaus nicht scheut, wie man z. B. bei der Einrichtung des Warenhauses Wohlwert beobachten konnte, bei ihnen Geld zu verdienen. Das nehmen sie eben doch. Warum hängen wir dieses schmutzige Pamphlet niedriger? Damit die breite Öffentlichkeit, welcher der Zellendienst, doch nur bestimmt für Mitglieder der NSDAP, nicht allgemein zugänglich ist (wenigstens nicht sein soll), erfährt, welche Koll den Lesern darin vorgelegt und wie ein Teil unserer Jugend mit bewußten Unwahrheiten aufgehet wird. Dann aber auch, weil der Inhalt die Form und die Schreibweise mit den Postkarten, die der Anzeiger aus diesem Laer erhielt, und die wir kürzlich veröffentlichten, übereinstimmt. Wir sind zu dieser Uebersetzung durch den Vergleich von Schriftproben mit einigen uns bereits früher zugegangenen Briefen gekommen und glauben den Verfasser und Schreiber zu kennen. Leider müssen wir ihm für diese seine Geschreibselagen, daß er sie nicht mit der Maschine, sondern mit der Hand geschrieben hat.

Zum Urteil des Dienstgerichts im Falle Eder wird im neuesten Reichs- und Verordnungsblatt eine ausführliche Begründung veröffentlicht.

## Hitler schreibt an Hindenburg



„Vor allem bitte ich mir eine ritterliche Kampfstufe aus!“

## Aus aller Welt

### Chinesisches Pulvermagazin bei Charbin explodiert

WTB. Tokio, 1. März. Ein chinesisches Pulvermagazin Mathschicht in einem Ortort von Charbin, ist in die Luft geflogen. Etwa 100 chinesische Wachmannschaften und Zivilpersonen wurden getötet oder verletzt.

### Gerhart Hauptmann in Amerika

WTB. New York, 1. März. In einer einstündigen, durch Rundfunk verbreiteten Festsprache, sprach Gerhart Hauptmann bei der Goethefeier der Columbia-Universität über Goethe. Am Schluß der Feier, die in dem überfüllten Mc. Milon-Theater veranstaltet wurde, würdigte Präsident Butler die Bedeutung Hauptmanns, den er als den Meister der heutigen dramatischen Kunst bezeichnete.

### Ein Markenregister

Zur verstärkten Kontrolle der preisgebundenen Markenware hat der Reichskommissar für Preisüberwachung die Einführung eines Markenregisters angeordnet.

### Bestrafter Verleumder

CRN. Berlin, 1. März. Das Schöffengericht Schöneberg verurteilte den Schriftleiter Rechenberg zum Großdeutschen Presseblatt, einem nationalsozialistischen Unternehmen, wegen über Nachrede und Beleidigung des preussischen Justizministers zu einem Monat Gefängnis.

## Sport

### Frei Wildung

#### 25 Jahre Führer der Arbeiterportbewegung

SPD. Frei Wildung vollendet am 2. März seine 25jährige berufliche Tätigkeit im Arbeiterport. Seine Anstellung im Jahre 1907 erfolgte als Expedient. Für den Bundesstaat in Stuttgart übernahm er mit dem Genossen Dietrich das Referat über Grundzüge und Taktik. Die Richtlinien dieses Vortrages blieben lange Jahre Richtschnur des Bundes. Der im Mai 1907 stattgefundene Bundestag in Stuttgart wählte Wildung zum Redakteur. Damit war für ihn das eigentliche Arbeitsgebiet festgelegt, auf dem er jahrelang in mühsamer Arbeit gearbeitet hat. Mit scharfer Feder führte der ehemalige Tischlergeselle den Kampf, der besonders in den Jahren der Politischerklärung des Bundes und den Anfängen der Jugendbewegung in dem deutschen Vaterland Aufsehen erregte. Die moderne Richtung der Leibesübung fand in ihm einen würdigen Vertreter, einen Mann mit großem Verständnis in der Mitarbeit bei der Gründung mehrerer Arbeiterportverbände.

Nach dem Tode des 1919 verstorbenen Bundesvorsitzenden Harndich übernahm Wildung die Geschäfte der 3K ehrenamtlich. Wildung hat zunächst die Grundlage für die Stadtmänner für Leibesübungen und später diejenige des Reichsbundes für körperliche Erziehung im Reichsministerium des Innern. Die durch diese Aufgaben gesteigerten Arbeiten, besonders aber das nähere Verbundenheit mit Regierung und Parlamentsstellen machten die Verlegung der 3K nach Berlin notwendig. Wildung schied 1922 aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund als Schriftleiter aus und wechselte am 1. Januar 1923 nach Berlin über. Die Arbeiten steigerten sich, die 3K gewann an Einfluß und hat durch die fastliche Arbeit, die Wildung als Geschäftsführer der 3K leistete, außerordentliche öffentliche Bedeutung erlangt.

Die Arbeiterportbewegung dankt ihrem Frei Wildung aus vollem Herzen und wünscht dem Jubilar noch Jahre heiterer körperlicher und Freude am Arbeiterport.

C. Geisler.

## Partei-Nachrichten

### Achtung, kommunistischer Schwindel

Wie bei früheren Aktionen so planen die Kommunisten anlässlich der Reichspräsidentenwahl auch jetzt wieder mit Listen vor die Öffentlichkeit zu treten, in denen Sozialdemokraten verzeichnet sind, die sich angeblich zu der Parole der Kommunisten bekennen. Vor uns liegt beispielsweise ein Kundschreiben der Bezirksleitung Erfurt der Kommunisten an die kommunistischen Orts- und Unterbezirksleitungen, in dem für den geplanten Schwindel Anweisungen gegeben werden.

Wir weisen darauf ausdrücklich hin, um den alten Schwindel der Kommunisten, der bei jeder passenden Gelegenheit aufgewärmt wird, von vornherein zu entlarven.

Wirtschaftsnot - Bürokratie - Sowjetdeutschland! Die Weltzeitung (Berlin) veröffentlicht im Februarheft eine scharfsinnige Betrachtung des Redner-Schillers Max Wittig über „Wirtschaftskrisis ohne Ende“. Gen. Wittig weist nach, daß der weitverbreitete Glaube an die laienmässige Verbreitung der Krise ohne Zutun neuer Anlässe unbegründet ist. Prof. Gustav Mayer schildert in einem Aufsatz Friedrich Engels Stellungnahme zu der großen Wirtschaftskrise von 1857, die Engels zunächst als Vorbote einer bevorstehenden Revolution erachtete, deren Verlauf ihn jedoch später den Zusammenhang von kapitalistischen Krisen und Revolutionen vorläufig beurteilen ließ. Von den anderen Beiträgen des Heftes sei noch besonders hervorgehoben: Eine ausgezeichnete Unternehmung über die Entstehung der preussischen Bürokratie und des Reichstaats von Carl Schmidt, sowie eine Auseinandersetzung von R. Drahm mit Otto Bauer und Friedrich Adler über das Problem Sowjet-Rußland.

## Gewerkschaftliches

### Einer schöner Erfolg des D.M.V.

Bei den Arbeiterratswahlen der Humboldt-Deusch-Motorenwerke AG. in Köln, Westf. Ruff, gingen von 886 Wahlberechtigten 90% zur Wahl. Es erhielten von 655 gültigen Stimmen der Deutsche Metallarbeiterverband 329 (5. Seite und 1. Ersatzmann), der Christliche Metallarbeiterverband 177 (2. Seite und 1. Ersatzmann) und der gewerkschaftliche Arbeiterverein 149 (2. Seite). Das Ergebnis ist deshalb besonders bemerkenswert, weil nach der Aussperrung im November vorigen Jahres über 200 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, darunter auch alle bisherigen Arbeiterratsmitglieder, nicht wieder eingestellt wurden, und weil die Firma unter härtestem Druck einen gelben Arbeiterverein mit 240 Mitgliedern auf die Beine gebracht hat. Von den Gelben haben jedoch ungefähr 100 Mitglieder die eigene Liste nicht gewählt, ein Zeichen, daß der Arbeiterverein nur ein Produkt des Unternehmerrats ist. Der Erfolg der Wahl ist ein schöner Sieg der Gewerkschaften, von denen der Deutsche Metallarbeiterverband die absolute Mehrheit im Arbeiterrat erhalten hat. Die AGD hatte keine Liste aufgestellt.

### Betrug an stellungslosen Angestellten

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: „Angestellte, die längere Zeit arbeitslos waren, erarbeiten gern jede Gelegenheit, um wieder eine Existenz zu erlangen. Sie sind hierbei keineswegs wählerisch. Verlannt der neue Arbeitgeber eine Reaktion, so werden schnell die Verwandten in Anbrotz genommen, damit ihnen ja kein Dritter zuvorkommt.“

Die Angestellten sind sogar bereit, die Tätigkeit eines Provisionsreisenden oder Bezirks-(General-)Vertreters — die es so schön in den gedruckten Anstellungsverträgen heißt — zu übernehmen. Sie erhalten das Recht, für die neue Firma einen bestimmten Betrag zu bearbeiten. Um die Sache recht schmeckend, sondern mündlich erklärt sich die Firma — nicht etwa im Vertage, sondern weil die Waren — bereit, eingearbeitete Untervertreter zu stellen, die die Waren der Kundenschaft verkaufen sollen. Es soll nur nebenbei erwähnt werden, daß nach den abgeschlossenen Beträgen Nebenbesuchen nur dann Gültigkeit haben, wenn sie schriftlich geschlossen sind. Die Angestellten leben eine neue Existenz und schließen den Vertrag, über dessen Inhalt sie sich gemächlich zu spät aufgeklärt werden. Sie sind nach dem Vertrage verpflichtet, ein Warenlager einzurichten und vorweg eine bestimmte Warenmenge gegen Barzahlung abzunehmen. Die bestellte Warenmenge wird dem Angestellten unter Nachnahme zugesandt. Dieser bemüht sich nun, zunächst in seinem Wohnort, den eingegangenen und von ihm bezahlten Warenposten loszumachen. Jetzt erst wird er darüber aufgeklärt, daß für den angebotenen Artikel kein Bedarf vorhanden und die Ware mindere wertig ist. Nun wird die Firma angerufen. Es wird nach Verbleib der Untervertreter gefragt oder der Rücktritt vom Vertrage angekündigt. Die Firma bleibt halbtot, da sie die Schwierigkeiten eines Anfechtungsprozesses genau kennt. In diesem Falle muß die Klage vor den ordentlichen Gerichten — nicht etwa vor dem Arbeitsgericht — anhängig gemacht werden. Wenn einmal ein solcher Prozeß gewonnen wird, so fällt gemächlich die Zwangsvollstreckung fruchtlos aus. Der Gerichtsvollzieher findet in den seltensten Fällen den Inhaber oder das Geschäftlokal. Wir warnen alle Angestellten, Beträge dieser Art zu schließen.“

## Soziale Rundschau

### Rentenbeginn in der Angestelltenversicherung

Vom Zentralverband der Angestellten werden wir auf eine wichtige Änderung im Besage der Rente aus der Angestelltenversicherung aufmerksam gemacht, die wir unsern Lesern hiermit zur Kenntnis bringen:

Auf Grund der bisherigen Bestimmungen des Angestelltenversicherungsgesetzes konnte das Ruhegeld rückwirkend bis zu einem Jahre gezahlt werden, wenn die Antragstellung aus irgend einem Grunde verspätet erfolgte. Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ist eine neue Rechtslage geschaffen worden. Ab 1. Januar 1932 beginnt die Rente aus der Angestelltenversicherung mit dem ersten Tage des Monats, der auf den Monat folgt, in dem die Voraussetzungen für die Gewährung der Rente erfüllt sind. Wird der Antrag jedoch erst nach Ablauf des Monats gestellt, in dem die Voraussetzungen erfüllt wurden, so beginnt die Rente erst mit dem dem Antragsmonat folgenden Monat. Das gilt auch dann, wenn der Berechtigte den Antrag nicht früher stellen konnte. Es ist deshalb erforderlich, daß von nun an die Rentenansprüche rechtzeitig, das heißt sofort nach Eintritt der Berufsunfähigkeit oder Erreichung des 65. Lebensjahres, gestellt werden.

## Gemeindepolitik

### Bürgermeister Wild zur Wanger zum Bürgermeister von Waldshut gewählt

Der zweite Wahlgang der Bürgermeisterwahl hat nunmehr ein Ergebnis gebracht. Zum Bürgermeister wurde der derzeitige Bürgermeister von Zurwanger, Albert Wild, mit 37 Stimmen gewählt. Seine beiden Gegenkandidaten, Bürgermeister Dr. Schmidt-Buchsen und der kommunistische Kandidat, Prof. Dr. Schmidt, erhielten 25 bzw. 6 Stimmen. Sämtliche 68 Bürgerausgangsbürger beteiligten sich an der Wahl.





# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

2. März.

1820 \*Niederländischer Dichter Multatuli. — 1848 Karl und Janna Marx aus Belgien ausgewiesen. — 1851 \*Strafrechtslehrer F. v. Hiltl. — 1930 Indien: Gandhis Ultimatum an den Vizekönig. — 1931 Englisch-französisch-italienisches Stettenabkommen.

## Der März in der Geschichte

Es ist eine psychologische Selbstverständlichkeit, daß der März mit dem „Übergeruch der Revolution“ — wie sich ein Preußenkönig einmal ausdrückte — befaßt bleibt.

Untrennbar verbunden mit dem März ist das Jahr 1848, das zum erstenmal über die Köpfe der deutschen Fürsten hinweg eine, wenn auch fiktive, Einheit des deutschen Volkes jenseits der Barrikaden geschaffen hat.

Man muß sich den Kalender des 4. Ser März immer wieder vor Augen halten:

Am 9. März wird das Münchener Zeughaus von einer Volksmenge bestürmt.

Am 10. März bricht in Franken der Aufstand der Bauern aus.

Am 13. März explodiert die Revolution in Wien. Minister Metternich wird zur Abdankung gezwungen.

Am 18. März bricht die Revolution in Berlin aus. Der König zieht das Militär von den Straßen zurück, auf denen das siegreiche Volk in einen wahren Freudenrausch gerät.

Am 19. März erläßt der König seine berühmte Proklamation „An meine lieben Berliner“.

Am 20. März wird der König Ludwig I. von Bayern zur Abdankung gezwungen.

Am 21. März reitet der preussische König unter dem Druck der öffentlichen Meinung mit einer schwarz-rot-goldenen Schärpe angetan, durch Berlin.

Am 27. März ergreift der Prinz von Preußen unter dem Namen „Schmann“ die Flucht aus Berlin.

Am 31. März ist das Vorparlament in Frankfurt am Main zusammengesetzt. Im übrigen enthält der März 1932 einige weitere wichtige Daten aus der politischen und kulturellen Geschichte:

Am 1. März 1792, vor 140 Jahren, sind die Jakobiner in Frankreich zur Macht gelangt.

Am 4. März 1852, vor 80 Jahren, ist der russische Schriftsteller Nikolai Gogol gestorben.

Am 8. März 1917 ist die russische Revolution gegen das Zarenregiment zum Ausbruch gelangt. Die Zarenfamilie wurde verhaftet.

Am 9. März 1793 hat Danton das Revolutionstribunal begründet.

Am 11. März 1872, vor 60 Jahren, ist der Leipziger Hochverratsprozess gegen Liebknecht, Bebel und Genossen eröffnet worden.

Am 13. März 1920 ist der Kapp-Putsch zum Ausbruch gelangt.

Am 16. März 1922, vor zehn Jahren, ist die Unabhängigkeit Ägyptens ausgerufen worden.

Am 22. März 1832, vor hundert Jahren, ist Johann Wolfgang Goethe gestorben.

Am 26. März 1871 ist die Kommune in Paris ausgebrochen. Am selben Tage des Jahres 1872, vor 60 Jahren, sind Bebel und Liebknecht zu zwei Jahren Zerstörung verurteilt worden.

Der folgenreichste Tag des März 1932 ist zweifellos der 13. März! Am 13. März 1848 hat Metternich seinen Rücktritt erklärt. Am 13. März 1920 ist der Kapp-Putsch explodiert — und am 13. März 1932 wird der Reichspräsident gewählt!

## Der Sternenhimmel im März

Der erste Stern, der in der Dämmerung sichtbar wird, ist der Planet Venus, der als Abendstern bis 22 Uhr, gegen Monatsende bis nach 23 Uhr leuchtet. Auch Merkur ist in der zweiten Monatshälfte bis 1/2 Stunde nach Sonnenuntergang zu sehen, da er am 23. in größter scheinbarer Sonnenferne steht. Und im Osten leuchtet wie eine kleine Sonne Jupiter, der König unter den Planeten, an der Grenze der Sternbilder Löwe und Krebs und geht anfangs 6.30 Uhr, zu Monatsende schon 4.30 Uhr morgens unter. Der abendliche Starnhimmel läßt als ersten Stern in der Dämmerung den hellen Sirius im Süden, etwas später Capella westlich vom Zenith und den rötlichen Aldebaran im Sider erscheinen. Am Osthimmel finden wir ferner den Bootes mit seinem roten Hauptstern Arktur, die Jungfrau mit Spica, darüber das „Saar der Berenice“ und die Sandkornbe, noch weiter nach Norden den Himmelswagen. Im Südosten erheben sich die beiden Löwen, nördlich davon die Waage, südlich die Skorpion, nördlich von diesen die Zwillinge. Im Südwesten finden wir den Orion, den Stier mit dem Aldebaran und den Plejaden (Siebengestirn), sowie den Fuhrmann. Im Westen stehen die Fische, Widder und Andromeda. Am Nordwesthorizont funkeln die Sterne des Schwans, durch sie zieht die Milchstraße über Cepheus und Cassiopeia westlich am Nordpol vorbei durch die Bilder Fuhrmann, Zwillinge und großer Hund zum Südpol. Aufmerksame Beobachter werden den klaren Himmel in den ersten Abendstunden einen schräg nach links (Süden) geneigten Lichtkegel am westlichen Himmel wahrnehmen können: das Zodiacallicht, auch Tierkreislicht genannt, weil seine Mittellinie ungefähr mit dem Tierkreis (Zodiacus) zusammenfällt. Hervorgerufen wird die Erscheinung wahrscheinlich durch Lichtablenkung und Spiegelung der Sonnenstrahlen in den höchsten Schichten der Atmosphäre.

Von den noch nicht genannten Planeten ist zu vermelden, daß Mars am Morgenhimmel durch den Wassermann wandert und den ganzen Monat über jeweils etwa 1/2 Stunde vor der Sonne aufsteht, also noch kaum in der hellen Dämmerung sichtbar werden wird. Saturn dagegen, im Steinbock, geht anfangs 5.45 Uhr, zu Ende schon 3.45 Uhr auf.

Der Mond ist am 7. als Neumond unsichtbar, an diesem Tag tritt er im Südpolargebiet vor die Sonne und verursacht eine ringförmige Sonnenfinsternis. Am 15. ist erstes Viertel, am 22. Vollmond, wobei er in den Schatten der Erdoberfläche tritt und eine teilweise Mondfinsternis entsteht, die aber ebenfalls in Europa unsichtbar ist. Schließlich tritt am 29. das letzte Viertel ein.

Die Sonne wandert weiter nordwärts und tritt am 20. März um 20.54 Uhr in das Tierkreiszeichen des Widbers, mit welchem Moment sie auch den Himmelsäquator nordwärts überschreitet und der astronomische Frühling beginnt. Entsprechend dem höheren Sonnenstand werden auch die Tage immer länger; die Hellstettdauer (mit Einfluß von Morgen- und Abenddämmerung) beträgt an klaren Tagen zu Monatsanfang noch 12 1/2, zu Monatsende schon 14 1/2 Stunden.

## Der dahingeschwundene Nazi-Mut

„In dieser Stelle wurde bereits schon einmal von einer Gerichtsverhandlung gegen den Nazischauspieler Franz Küster berichtet, der den traurigen Mut aufbrachte, damals gegen die Kapelle im Café Odeon mit einem Stuhl zu werfen, nachher aber alles abtritt. Mit fünf Zeugen hat das Amtsgericht ihm damals bewiesen, daß er es doch getan hat und sich nach der Tat seine durch den Hof gedreht hat. Damals bekam er 8 Wochen Gefängnis wegen Körperverletzung in Tateinheit mit Sachbeschädigung. Gegen dieses Urteil hat er Berufung eingelegt. Vor der Strafkammer sollte die Sache gestern nochmals verhandelt werden. Es wäre darüber nichts zu verlieren nochmals verhandelt werden. Es wäre darüber nichts zu verlieren verhandelt werden. Er sagt heute, er habe die Berufung eingelegt, weil er unschuldig sei und hier ein Mißverständnis vorliege. Aus dem ganz klaren Sachverhalt heraus hat der Vorsitzende keine Zeugen laden lassen. Unter diesen Umständen kann natürlich nicht verhandelt werden. Sein Verteidiger kommt dann auf eine ganz schlaue Idee. Er macht dem Gericht den Vorschlag, daß man trotz des Streikens des Angeklagten zu einer milden Strafe verurteilen sollte, die würde er auch annehmen. Der Vorsitzende macht ihn auf die Unmöglichkeit aufmerksam. „Das wäre genau so, wie wenn einer einen Diebstahl ausübt, ihn aber bestreitet, und nachher bittet, man möge ihn nur wegen Notdiebstahls verurteilen.“ Nachmals trägt der Vorsitzende den Angeklagten, ob er die Sache zu geben will. Mit einer Kiefenbedul. Richter: Wenn Sie eine Dummheit gemacht haben, stehen Sie doch dazu. Der Angeklagte schweigt. Er schweigt auch, als ihn der Richter frägt, ob er es bestreiten will, daß er gemordet hat. Da steht der große Mann und schweigt. Der Staatsanwalt steht zum Fenster hinaus, ihn konamelt das. Das Publikum freut sich über diesen besonderen Fall. Der Verteidiger bittet um eine Pause, um den Angeklagten zu einem „Geständnis“ zu bringen. Mit Recht lehnt man das ab. Schließlich sieht sich das Gericht zur Beratung zurück, um die Verurteilung zu beschließen. Bei der Wiedereröffnung der Sitzung will der Angeklagte ein Geständnis ablegen, wird aber nicht verhört. Jetzt gibt es eine neue Verhandlung mit sämtlichen Zeugen. Wer sich blamiert hat, wollen am besten die Zuschauer, denen mal wieder mit offter Drahtigkeit bewiesen wurde, welcher Unterschied zwischen Stuhlwerfen und nachher für diese Sache einzustehen, besteht.

## Wie bekämpft man die Brände?

**Wische mit Asche!**

Erbt man Fett in einer Pfanne stark auf dem Gasherd, so entzündet sich das Fett zuerst von selbst und brennt in der Pfanne. Will man nun die Flamme mit Wasser löschen, so spritzt das Fett unter starkem Aufsteigen nach allen Seiten. Man kann dabei blind werden. Das brennende Fett kann auch auf die Kleider spritzen und sie entzünden. So sind selber schon viele arge Fälle Frauen unter Säulenbrennen vorkommen. Ueberbrennt man das brennende Fett aber mit Asche von Holz oder Bricketts, so wird der Brand sofort ohne Gefahr gelöscht. Brennendes Fett, Erdöl, Benzin, Bodennachts. Feuer können überhaupt nicht mit Wasser gelöscht werden, weil diese Stoffe auf dem Wasser schwimmen und dabei fortbrennen. Die Asche dagegen läßt alle Arten von Bränden löschen. Man kann auch einen Kaffeelöffelchen voll Asche in eine Pfanne mit brennendem Fett geben und sofort löschen. Die Erfindung des Feuerlöschers ist sehr einfach und besteht in folgendem: Man füllt einen Eimer mit etwa 10 Liter Asche (den man in Warenhäusern schon zu 50 Pf. bekommt), mit Wasser und stellt den Eimer unter die Leuchte in der Küche, damit er nicht über und man ihn jederzeit sofort zur Hand hat. Bricht nun ein Brand aus, so kann man mittels des Eimers augenblicklich so viel Asche auf das Feuer schütten, daß die Brandstelle davon ganz bedeckt ist. Die Asche schließt nun dem Feuer die Luft ab, und da sie selbst nicht brennen kann, so erlischt der Brand wie durch einen Zauberstab im Handumdrehen. Die Asche ist also ein unerschöpfliches und unerschöpfliches Mittel, sich beim Ausbruch eines Brandes selbst zu helfen! Diese Selbsthilfe des Publikums ist von Wichtigkeit; denn dann kann man die Brände schon im Keim erlöschen; die Feuerwehr braucht nicht wegen jeder Bagatelle auszurücken; der Ausbruch vieler Großfeuer wird so verhindert, und viel Geld und Gut und kostbare Menschenleben werden gerettet.

Der Verfasser führte seine Erfindung einem Fachmann allerersten Ranges, nämlich Herrn Branddirektor Ueberle (Heidelberg), dem langjährigen 1. Vorsitzenden des Badischen Feuerwehverbands, im Hof vor. Im Handumdrehen wurden starke Entstehungsfeuer von Erdöl, Benzin, Spiritus total gelöscht. Herr Ueberle erklärte: „Das ist eine gemeinnützige, sehr weittragende Erfindung. Mit reichlich Asche in einem Eimer kann man alle kleineren Brände sofort und radikal löschen. Da die Asche nichts kostet, sollte diese neuartige Aschenabwehr in jeder Familie schon zum Schutz des Lebens aller stets vorrätig sein!“

## Gemeinnützige Auswandererberatungsstelle

Die öffentliche gemeinnützige Auswandererberatungsstelle für Baden mit dem Sitz in Karlsruhe hat auch in dem verflochtenen Berichtsjahre wieder einen starken Zuwachs in der Zahl der bei ihr eingegangenen Anfragen zu verzeichnen. Es sind 2773 Auskünfte erteilt worden und zwar in 2318 Fällen an Badener, die restlichen 455 an Nichtbadener. (Im Jahre 1930 waren es insgesamt 224 Auskünfte, darunter 1950 an Badener). Die Anfragen betrafen 62 verschiedene Zielländer, unter denen die europäischen Länder mit 1314 Erfundigungen den ersten Platz einnehmen. Das absolut größte Interesse hatte Russland, das unteren Arbeitslosen als das Eldorado der Arbeitsmöglichkeit erscheint. Es wurde 651mal angefragt. In zweiter Linie steht Frankreich mit 164 Anfragen, dann folgt Desterreich mit 102. — Sehr zurückgegangen ist die Anfrage bezüglich Kanada und der Vereinigten Staaten infolge der außerordentlichen Ersparnisse der Einreise. Kanada wurde nur 141, die Vereinigten Staaten 177mal angefragt. Dagegen ist das Interesse für Südamerika erheblich gewachsen: Brasilien 237, Argentinien 233, Venezuela, hauptsächlich die holländische Kolonie Surinam 110, Chile 52, Columbien 31, Paranaun 11mal. Das gesamte Afrika vereinigte 217 Anfragen, davon 64 unter altes Südwest, 47 Britisch-Südafrika, 35 Deutsch-Ostafrika, 22 Angola, 11 Ägypten. Australien wurde 15mal gefragt, Asien 16mal, davon die Niederländisch-Indischen Kolonien 113mal.

Unter den Berufen marschiert heuer die Industrie mit 673 Anfragen an der Spitze. Es folgt das Handwerk 489, die Landwirtschaft 348, Handel 322, freie Berufe 234 (ein starker Prozentsatz Akademiker), Bergbau und Güttenwesen 121, häusliche Dienstboten 138, Gesundheitswesen, Pflegerinnen 114, Gastwirtschaft 38. Ohne Beruf oder Berufsangabe waren 196. Männer wollten auswandern 2255, Frauen 518. Die Stelle hat außer der Auskunftsstelle in mehreren Fällen Ermittlungen nach verlassenen Angehörigen im Ausland angeestellt und erteilte Erfolge dabei zu verzeichnen gehabt. Ebenso ist es gelungen, betrügerische Stellenangebote als solche festzustellen, junge Mädchen aus unerträglichen Verhältnissen zu lösen und wieder in die Heimat zu bringen, nur Ausbeutung seitens unverantwortlicher Auswandererwerbung zu

bewahren. Mehrfach ist uns die Prüfung von Kontrakten übergeben worden, da der Auswandernde selbst nicht beurteilen konnte, ob das Angebot der augenblicklichen Lage des in Betracht kommenden Berufsstandes in dem jeweiligen Lande entsprach. Infolge der Devisenverordnung hat unsere Stelle eine Reihe von Scheineinigungen ausstellen können, die das Finanzamt für die Willigung der Geldausfuhr verlangte.

Die Beratungen in Vorschub, die regelmäßig am ersten Freitag im Monat stattfinden, haben guten Erfolg; während der Durchschnitt im Jahre 1930 zwischen 10 und 15 Jahresmal lag, war er im Berichtsjahre zwischen 20 und 25. Die Stelle wird von der Frauengruppe Karlsruhe des Vereins für das Deutschtum im Ausland erhalten und bekommt einen kleinen Zuschuß vom Reich. Sie ist zu Dank verpflichtet für die der Badischen Landwirtschaftskammer, die uns einen jährlichen Raum zur Verfügung gestellt hat, was uns auch an dieser Stelle ausdrücken möchten.

**Vom Karlsruher zum Gelben Meer.** Die Ortsgruppe Karlsruhe des Touristenvereins Die Naturfreunde veranstaltet am Freitag den 4. März, abends 8 Uhr, im Hofsaal einen Lichtbildvortrag mit obigem Thema. Referent ist Gen. v. Baum vom Bildungsausschuss der Naturfreunde. Das Lichtbildmaterial stellt durchweg Originalaufnahmen berühmter Forscher wie Sven Hedin, Pilchner u. a. dar. Es wird zu zahlreichem Besuch eingeladen. Auch Nichtmitglieder sind willkommen. Der Eintritt ist frei.

(\*) **Waldarbeiten.** Das Städt. Wasser- und Straßenbauamt erteilt die Hand- und Fußarbeiten sowie die Pflanzung von Bäumen für Waldarbeiten auf Kreisstraßen und Wegen. (S. Inserat.)

(\*) **In den Ruhestand.** Am dem sechsten Tage ist Kreisoberlehrer Laue in den Ruhestand getreten. In seiner Stelle übernimmt der bisherige Direktor der Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe, Kollmer, die Führung des Kreisfachamtes Karlsruhe.

**Höhere Handelsschulen Karlsruhe.** Auf die Anzeige über die Aufnahme von Schülern und Schülerinnen in die Höheren Handelsschulen Karlsruhe wird hiermit besonders hingewiesen.

**Kampfsport im Gasthoftheater.** Gestern abend hatten die Kampfsportler einen ganz hervorragenden Erfolg. Die Kampfsportler alle im höchsten Maße. Der Meister Werhoff konnte nach schönem Kampf durch einen Armzug in 17 Minuten den Sieg über Gottschalk davontragen. Durch Kampfsport gegen Kop. Der Spezialist beider Manner ist die vort. Division auf beiden Seiten dieser Geist zur Anwendung gekommen. Die Zeit nicht aus, um ein Beispiel zu setzen. Werhoff hatte den Hebelberger Fechtmeister zum Gegner. Der Fechter ist noch unter den Folgen des am Vorabend feierten Dörs angegriffenen Doppelnickens und als auch Schulz diesen Geist anwendete, kam Fechtmeister eine Verletzung, in der er sich anerkennend erklärte, weiter zu kämpfen. Durch Aufgabe des Kampfes hatte der Schiedsrichter reglementmäßig Recht Schulz den Sieg auszusprechen. Schulz aber beharrte in seiner Haltung auf den Sieg. Der jugendliche Dörs hatte den feineren Stil Paraboloff vor sich. Dörs entfaltete eine ganz große Anwesenheit und brachte den Rücken vergebens. Was an den Hand der Nebenhand, was mit akkräftiger Spannung verarbeitete Treffen endete unentschieden. Heute stehen wieder äußerst interessante Kämpfe bevor. Es ringen: Schulz gegen Dörs, Schulz gegen Gottschalk, Fechtmeister gegen Kop, außerdem das gewaltige Treffen der beiden Französischer Urdach gegen Paraboloff.

## Veranstaltungen

**Schlaflosigkeit und Nervosität.** Heute nachmittags 3 1/2 und abends 8 Uhr im Gartenhof „Friedrichshof“ Vortrag von Herrn Dr. Müller über „Schlaflosigkeit und Nervosität“.

**Fanzabend der Tanzschule Eiga Weins-Berger im Konzerthaus.** Am Freitag den 3. März im Konzerthaus stattfindende Fanzabend der Tanzschule Eiga Weins-Berger am Freitag, den 3. März. Der diesjährige Tanzabend wird ein vollständig neues Programm und Kostüme ausführen, und wird diesmal keine Anziehungskraft nicht verlieren. In Anbetracht des Jahresprogramms ist es empfehlenswert, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen, welche noch zu haben sind in der Musikalienhandlung und Konzerthaus Fritz Müller, Badstr. 388 und an der Abendkasse.

**3. Symphoniekonzert des Philharmonischen Orchesters im Konzerthaus.** Am Freitag den 3. März im Konzerthaus stattfindende 3. Symphoniekonzert des Philharmonischen Orchesters am Freitag, den 3. März. Der diesjährige Tanzabend wird ein vollständig neues Programm und Kostüme ausführen, und wird diesmal keine Anziehungskraft nicht verlieren. In Anbetracht des Jahresprogramms ist es empfehlenswert, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen, welche noch zu haben sind in der Musikalienhandlung und Konzerthaus Fritz Müller, Badstr. 388 und an der Abendkasse.

## Lichtspielhäuser

**„Roms“ im „Meli“**

Wie nicht anders zu erwarten war, steht auch „Roms“ in Karlsruhe in seinen Tagen. Bereits in der 2. Woche läuft der Film in den Lichtspielhäusern, Badstr. 30, und sind die Vorstellungen abgelaufen. Eine leichtschwingende, leichtgütige Melodie ist die Hauptattraktion des Films. Feiler, Lustig, komisch, — vollständig Attraktiv dieser großen Ausstattungs-Operette, die in Prunk und Pracht entfaltete Einzigartigkeit gibt, deren herrliche Melodien, einprägsame Schlager salutarieren. So die „Wiesensänger“ und die „Die 3 von der Zankstelle“, die „Der Komack tanzt“, so besterht auch jetzt durch die herrliche Musik Roms aus dem Komponisten der Großstadt der Grafen Marita durch die entscheidende Handlung von Liebe und durch die feinste Ausstattung und durch die liebliche Reihe von Musik und Otto Waldburg. Auch Sie werden mitgerissen und werden Ihnen die Welt für zwei Stunden sofarben erscheinen.

## Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

**Frauenleseabend Mitt., Mittel- und Südweststadt**  
Donnerstag, 3. März, abends 8 Uhr, in der Pöfchube der Arbeitervereine, mochkraft Lesabend mit Vortrag des Gen. Harzer v. o. b. Harzer sind alle Genossinnen der obgenannten Bezirke und Sozialdem. Volkstheaterangehörigen eingeladen.

**Frauenaktion**  
Unsere Generalversammlung findet am Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, in der „Gambettihalle“ statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. Referent: Gen. Gumbel. 2. Neuwahl. 3. Anträge. 4. Berichtswesen.  
Wir bitten um vollständiges Erscheinen. Die Mitteilungsblätter sind am Eingang vorzulegen. Anträge wollen man richten an Gen. Gumbel, Galtian-Straße 13.

**Bezirk Müppurr (Gartenstadt-Müppurr-Dammerhof)**  
Die nächste Parteiverammlung findet am Mittwoch, den 2. März, 20 Uhr, im Kindergarten statt. Da der Besuch nicht in der Unform verknüpft ist, können alle Genossinnen und Genossen in der Veranstaltung teilnehmen. Auch diejenigen, die sich zur Teilnahme verpflichten, sind freundlich eingeladen. Gen. Dr. Gumbel spricht über das Thema: „Der Kampf um die Macht und die Bedeutung des 218“. In der Veranstaltung soll auch der wichtige Bericht der Kommissionen am 13. März vorgelesen werden.



